Gutachten der preuß. Medizinal-Deputation von 1860 und auf die vielen bezüglichen Eingaben und Denkschriften hingewiesen wird. Aufrecht bleibt die Bestrafung homosexueller Akte, wenn Nötigung, Mißbrauch Geschlechtsunreifer und Willenloser oder öffentliches Ärgernis vorliegt. Gestrichen wurde § 271 „Aufforderung zur Unzucht“, ebenso wie § 270 „Sachen zu unzüchtigem Gebrauche“. Kuppelei wird nur unter dem Gesichtspunkte des Schutzes Jugendlicher als strafwürdig anerkannt. Alle Bestimmungen, die als Kuppelei über den Jugendschutz hinausgehen, sind gestrichen worden. Es wird vorgeschlagen, an die Stelle des Ausdruckes „Unzucht“ das Wort „Geschlechtsverkehr“ zu setzen. Daß Kinder unter 14 Jahren eines besonderen strafrechtlichen Schutzes bedürfen, wird als selbstverständlich anerkannt. Doch seien 10 Jahre Zuchthaus als Höchststrafe zu hoch gegriffen und 5 Jahre als Höchstmaß ausreichend. Gestrichen ist auch § 280 „Ehebruch“. Dem amtlichen Entwurf fehlt die rechtsphilosophische Idee in den sexualen Teilen desselben. Er zeigt ein Kleben am Vergangenen und am Vergangenensten. Vom wahren Geiste der Freiheit, der Humanität zeigt er keine Spur.

Haberda (Wien).

Strassmann, Georg: Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und seine Bedeutung für die öffentliche Gesundheitspflege und Sanitätspolizei. Klin. Wochenschr. Jg. 6, Nr. 38, S. 1811—1816. 1927.

Überblick über die bisher geltenden sanitätspolizeilichen und strafrechtlichen Bestimmungen über Kuppelei, gewerbsmäßige Unzucht, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und Schilderung der neuen Bestimmungen, die durch das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, das am 1. Oktober 1927 in Kraft getreten ist, in dieser Hinsicht getroffen worden sind. Besonders berücksichtigt werden dabei auch die strafrechtlichen Bestimmungen, soweit sie eine Abänderung des geltenden Strafgesetzbuches darstellen und in dem neuesten Strafgesetzentwurf enthalten sind.

Autoreferat.

Ichok, G.: La nouvelle loi allemande contre les maladies vénériennes. (Das neue deutsche Gesetz gegen die Geschlechtskrankheiten.) (*Ecole des hautes-études soc., Paris.*) Ann. de méd. lég. Jg. 7, Nr. 7, S. 363—367. 1927.

Der Verf. behandelt in kurzer klarer Darstellung Geschichte und Inhalt des Gesetzes, dessen leitende Gedanken durchaus anerkennend hervorgehoben sind. Das gilt besonders für die Worte, die sich auf die Belehrungspflicht der Ärzte beziehen. Aus der Einleitung Ichoks sei ein Satz wiedergegeben: „... es hat einer starken Dosis gesunden Menschenverstandes bedurft, um die mit unleugbarem Geschick aufgetürmten Hindernisse zu überwinden. Zum Schluß aber ist der Sieg den uninteressierten Verteidigern im Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten geblieben...“

Flesch (Hochwaldhausen).^o

Breitschwerdt, R.: Die gesetzliche Neuregelung der Prostitutionsfrage. Münch. med. Wochenschr. Jg. 74, Nr. 25, S. 1063—1064. 1927.

Der von einem Juristen herrührende Aufsatz bringt in seinem ersten Teil eine kurze, aber das wesentliche der Wirkungslosigkeit des bisherigen Systems straff zusammenfassende Kritik der durch das neue Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten abgeschafften Reglementierung. Von einer wirksamen Bekämpfung der aus der Prostitution hervorgehenden Schäden kann bei ihr nicht die Rede sein. „Im ganzen wird mehr die heimliche Prostitution gefördert als die geduldete kontrolliert.“ Die Reglementierung fällt künftig; mit ihr die Differenzierung zwischen Eingeschriebenen und nicht eingeschriebenen Dirnen und die unterschiedliche Behandlung von Mann und Frau. „Die Gewerbeunzucht ist künftig kontroll- und straffrei.“ Wohnungsbeschränkungen entfallen; Bordellbetrieb und Kasernierung werden als Kuppelei verfolgt, während Vermieten an Prostituierte straffrei bleibt, soweit damit keine Ausbeutung verbunden ist und die Prostituierte nicht unter 18 Jahren alt ist. In krimineller Richtung drohen der Prostituierten Strafen nur, wenn sie ihr Gewerbe in der Nähe von Kirchen, Schulen usw., in Wohnungen, wo gleichzeitig Jugendliche sind, in Städten mit weniger als 15000 Einwohnern unter Außerachtlassung von den örtlichen Behörden erlassener Einschränkungen übt. In sanitärer Richtung bedroht sie das für alle gemeingefährlichen Geschlechtskranken geltende Zwangsheilverfahren. Die früher bestehende Möglichkeit, daß Bordelle geduldet waren, während der Vermieter an eine Einzelprostituierte verfolgt wurde, ist jetzt beseitigt. Den Verf. erscheint nur die Berechtigung des Kasernierungsverbotes nicht genügend geklärt. Man habe doch vielleicht die Gefahren des Zerstreutwohnens in Deutschland unterschätzt.

Flesch (Hochwaldhausen).^{oo}